

Eidgenössische Räte –Ausserordentliche Session Nationalrat 29.-30. Oktober 2020

Auszug aus «Die Sitzungen in Kürze (Keystone-SDA)»

MOBBING

NR 29.10.20 Der Nationalrat will eine nationale Social-Media-Kampagne gegen Mobbing und Cybermobbing bei Kindern und Jugendlichen lancieren. Er hat eine entsprechende Motion von Yvonne Feri (SP/AG) angenommen. Der Vorstoss geht nun an den Ständerat. Die Schweiz besetze in Sachen Mobbing in Europa einen unrühmlichen Spitzenplatz, machte Feri geltend. Der Bundesrat will die Kampagne im Rahmen seiner nationalen Plattform "Jugend und Medien" umsetzen - ohne zusätzliche Ressourcen. Auf eine Anti-Mobbing-Kampagne verzichten wollte die SVP-Fraktion. Die Prävention müsse über das Elternhaus und die Schule erfolgen, argumentierte Andreas Glarner (SVP/AG). Die Gegner der Motion unterlagen schliesslich mit 101 zu 76 Stimmen bei 3 Enthaltungen.

PFLEGESPARKONTO

NR 29.10.20 Die FDP-Fraktion möchte für Pflege und Betreuung im Alter ein freiwilliges, steuerbefreites Pflegesparkonto einführen. Der Nationalrat hält nichts davon. Er hat eine entsprechende Motion mit 99 zu 74 Stimmen abgelehnt. Die grosse Kammer folgte damit dem Bundesrat, der den Vorstoss zur Ablehnung empfahl. Seiner Meinung nach würden davon vor allem gut Verdienende profitieren. Einkommensschwache Personen hingegen hätten wenig Anreiz für eine freiwillige Vorsorge, weil sie weniger Steuervorteile hätten. Die Motion ist nach dem Nein des Nationalrats erledigt.

Eidgenössische Räte – Wintersession 2020 Alters- und generationenpolitische Vorlagen

Auszug aus «Die Sitzungen in Kürze (Keystone-SDA)»

18 Vorlagen haben der National- und der Ständerat am Freitag parlamentarisch unter Dach und Fach gebracht. Darunter sind das aktualisierte Covid-19-Gesetz, das unter anderem die Unterstützung für von der Pandemie betroffene Unternehmer und Angestellte regelt, und die Vorlage "Ehe für alle". Mit ihr wird die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare geöffnet, und verheiratete Frauen-Paare erhalten Zugang zur Samenspende. Ein Referendum ist bereits angekündigt.

Chronologisch (Themen alphabetisch)

ERBRECHT

SR 01.12.20 Bei der Modernisierung des fast hundertjährigen Erbrechts verbleibt zwischen den Räten eine letzte Differenz. Diese betrifft die ehedüterrechtliche Mehr- und Meistbegünstigung des überlebenden Ehegatten. Der Nationalrat möchte weiterhin, dass sich Ehegatten mittels Ehevertrag auf den Tod hin jeweils mehr als die gesetzlich vorgesehene Hälfte der Errungenschaft zuweisen können. Der Ständerat möchte die in der Rechtslehre umstrittene Frage zugunsten der Kinder klären. Konkret soll die ehedüterrechtliche Begünstigung auch bei der Berechnung der Pflichtteile der gemeinsamen Kinder zur Pflichtteilsmasse hinzugerechnet werden. Diesen Entscheid fällte die kleine Kammer oppositionslos. Die Vorlage geht zurück an den Nationalrat.

NR 07.12.20 Nach zwei Beratungsrunden offen ist noch die Frage, für welche Testamente und Verträge die neuen Regeln schliesslich gelten sollen. Gemäss Nationalrat soll für die Berechnung der Pflichtteile das neue Recht nur dann gelten, wenn die Vereinbarung nach dessen Inkrafttreten getroffen worden ist. Darüber muss nun noch einmal der Ständerat entscheiden.

SR 10.12.20 Weiterhin offen bleibt die Frage, für welche Testamente und Verträge die neuen Regeln schliesslich gelten sollen. Der Nationalrat will ein Übergangsrecht, der Ständerat nicht. Die kleine Kammer strich stillschweigend einen Artikel aus dem Gesetz, wonach für die Berechnung der Pflichtteile das neue Recht nur dann gelten soll, wenn die Vereinbarung nach dessen Inkrafttreten getroffen worden ist. Sie will eine einheitliche Lösung. Die Vorlage geht nun ein letztes Mal an den Nationalrat.

16.12.20 NR Erblasser können künftig über einen grösseren Teil des Nachlasses frei verfügen. Das Parlament hat das fast hundertjährige Erbrecht modernisiert. Der Nationalrat bereinigte die letzte Differenz in der Vorlage. Damit ist diese bereit für die Schlussabstimmung. Die Vorlage des Bundesrats setzt bei den Pflichtteilen an. Neu wird der Pflichtteil der Kinder auf die Hälfte reduziert, jener für die Eltern wird gestrichen. Der Pflichtteil des Ehepartners oder des eingetragenen Partners wird bei der Hälfte des gesetzlichen Erbanspruchs belassen. Der Bundesrat schlug auch vor, eine Regelung für Lebenspartnerinnen und -partner zu erlassen, das Parlament lehnte das aber ab.

FAHRRADFAHREN

SR 08.12.20 Auch unter 14-Jährige sollen in Tourismusregionen ein Elektrofahrrad (E-Bike) fahren dürfen. Nach dem Nationalrat hat auch der Ständerat den entsprechenden Vorstoss angenommen. Das Anliegen geht nun an den Bundesrat. Die Motion verlangt, dass schon unter 14-Jährige in Begleitung Erwachsener bis 25 km/h fahrende E-Bikes mit Tretunterstützung benutzen dürfen. Heute liegt die Altersgrenze bei 14 Jahren. Der Vorstoss von Philippe Nantermod (FDP/VS) zielt vor allem auf die touristische Nutzung der Zweiräder ab.

NR 17.12.20 Jugendliche ab 12 Jahren sollen E-Bike fahren dürfen - aber nur mit Begleitmassnahmen. Der Nationalrat hat eine Motion abgelehnt, die eine generelle Fahrerlaubnis erteilen wollte. Der Entscheid gegen eine generelle Fahrerlaubnis erfolgte mit 112 zu 67 Stimmen bei 3 Enthaltungen. Verkehrsministerin Simonetta Sommaruga argumentierte, dass der Bundesrat der Auffassung sei, dass Jugendliche mit 12 Jahren ein E-Bike benützen dürften - aber nur unter Auflagen. Dies sei mit der offenen Formulierung der vorliegenden Motion nicht möglich. Sommaruga verwies auf die angenommene Motion von Philippe Nantermod (FDP/VS), die der Bundesrat umsetzen werde - die eine Fahrerlaubnis unter Auflagen vorsehe.

KINDER

NR 09.12.20 Der Nationalrat will Kinder vor Gewalt schützen, die ihre Eltern oder Erziehungsberechtigte auf sie ausüben. Er fordert vom Bundesrat, zu prüfen, ob der Schutz vor erzieherischer Gewalt im Zivilgesetzbuch festgehalten werden sollen. Er soll Lösungen vorschlagen. Der Nationalrat überwies dazu mit 134 zu 46 Stimmen und bei 3 Enthaltungen ein Postulat von Christine Bulliard-Marbach (CVP/FR). Körperliche Strafen in der Erziehung wirkten sich ein Leben lang aus, sagte Bulliard-Marbach. Die Schweiz sei gegenüber dem europäischen Umland im Rückstand, obwohl sie die Uno-Kinderrechtskonvention unterzeichnet habe.

NR 09.12.20 Der Nationalrat will eine gesetzliche Grundlage schaffen für qualitative Standards bei Gutachten zum Kinder- und Erwachsenenschutz (Kesb). Er hat eine Motion aus der Grünliberalen Fraktion gegen den Willen des Bundesrats mit 124 zu 60 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen. Beat Flach (GLP/AG) hatte das Anliegen damit begründet, dass die Qualität der Gutachten sehr unterschiedlich und stark von der Fachperson abhängig sei, die sie erstelle. Der Markt sei klein, es gebe nur wenige Gutachter. Der Schaden könne aber gross sein. Die Gutachten seien immer eine zentrale Entscheidungsgrundlage für die Behörden, etwa bei Platzierungsentscheiden oder Entscheiden zur elterlichen Fürsorge.

KITA

SR 09.12.20 Von den Corona-Finanzhilfen für die familienergänzende Kinderbetreuung sollen mehr Institutionen profitieren. Der Ständerat hat einer entsprechenden Motion aus dem Nationalrat zugestimmt - anders als noch im September. Der Bundesrat muss nun die Mitte September ausgelaufene Covid-19-Verordnung über familienergänzende Kinderbetreuung rückwirkend so anpassen, dass die Kitas in allen Kantonen gleichermaßen unterstützt werden. Konkret sollen auch Institutionen berücksichtigt werden, die vom Kanton oder von der Gemeinde Subventionen erhalten oder von der öffentlichen Hand betrieben werden.

PFLEGE

SR 30.11.20 Das Parlament will den Pflegeberuf stärken. So sollen Pflegende gewisse Leistungen neu selber abrechnen können. Dabei will der Ständerat, dass nur jene Pflegefachpersonen, Spitexorganisationen und Pflegeheime davon profitieren können, die mit den Krankenversicherern vorgängig eine Vereinbarung abgeschlossen haben. Er hielt mit 23 zu 18 Stimmen an diesem Zusatz fest, welchen der Nationalrat im Herbst ablehnte. Ebenfalls uneinig sind sich die Räte bei der kantonalen Zuständigkeit bei den Ausbildungsbeiträgen. Der Nationalrat will die Kantone verpflichten, angehenden Pflegefachkräften Beiträge an die Lebenshaltungskosten zu leisten und veranschlagt dafür 469 Millionen Franken. Der Ständerat will diese Leistung als freiwillig gestalten und beantragt 369 Millionen Franken. Auch hier ist der Ständerat auf seiner Linie geblieben, mit 29 zu 14 Stimmen. Die Vorlage geht zurück an den Nationalrat.

SCHULE

NR 16.12.20 Der Nationalrat will nichts davon wissen, Kopfbedeckungen an öffentlichen Schulen mit einem Verfassungsartikel zu verbieten. Einer entsprechenden parlamentarischen Initiative gab er mit 130 zu 51 Stimmen nicht Folge. Jean-Luc Addor (SVP/VS) hatte mit dem Verfassungsartikel den Schulen ein Instrument in die Hand geben wollen gegen "bestimmte parallelgesellschaftliche Erscheinungsformen". Er formulierte seinen Antrag als "generelles Kopfbedeckungsverbot" und meinte mit Kopfbedeckungen unter anderem den Hijab von Muslimas, aber auch Kapuzenpullover. Die Mehrheit der Staatspolitischen Kommission (SPK-N) sah indes das islamische Kopftuch im Zentrum des Vorstosses. Dieser greife in die Religionsfreiheit ein, argumentierte Irène Kälin (Grüne/AG). Mit dem Nein des Nationalrats ist die Initiative vom Tisch.

NR 17.12.20 Der Nationalrat hat eine Initiative des Kantons Thurgau abgelehnt, wonach fremdsprachige Familien die Kosten etwa für Übersetzungskosten bei Elterngesprächen oder für Zusatzunterricht in der Schulsprache selber bezahlen müssen. Bisher hätten die Schulgemeinden Eltern dazu bewegen können, ihre Kinder in die Sprachspielgruppen vor dem Kindergarteneintritt zu schicken, indem sie androhten, andernfalls für allfälligen Deutschunterricht Kosten zu erheben, sagte Sprecherin Eva Herzog (SVP/TG). Aufgrund eines Bundesgerichtsentscheids, der diese einfache Massnahme für nicht verfassungskonform erachtet, entfalle diese Fördermassnahme. Das gelte es zu korrigieren. Sowohl Stände- als auch Nationalrat sind dagegen. Das Anliegen ist vom Tisch.